



Nordkorea oder Südkorea? Auch der Schriftzug an der Wand könnte darauf einen Hinweis liefern Foto: Eric Lafforgue/laif

Wiedervereinigung in Korea

WÖRTERBUCH Linguisten in beiden Teilen Koreas arbeiten an einem gemeinsamen Wörterbuch. Nach Jahrzehnten der Trennung haben sie nicht nur sprachliche, sondern auch ideologische Hürden zu überwinden

VON FABIAN KRETSCHMER

Die beiden Koreas trennt nicht nur eine militärisch hochgerüstete Landesgrenze, sondern auch ihre gemeinsame Sprache. Niemand erkannte die Tragweite der linguistischen Entzweiung scharfsinniger als Moon Ik Hwan. Der Theologe half einst maßgeblich bei der Übersetzung des Alten Testaments ins Koreanische. Als der 71-Jährige jedoch im März 1989 in einer Sondermaschine von Peking nach Pjöngjang fliegt, führt er statt einer Bibel ein ganz gewöhnliches Wörterbuch bei sich – als Geschenk an den damaligen Staatschef Kim Il Sung.

Der südkoreanische Pastor trägt eine so simple wie geniale Idee an den nordkoreanischen Staatsgründer heran: Wenn sich die beiden verfeindeten Länder sprachlich annähern, ebnete dies den Weg zu einer Wiedervereinigung. Der Ausgangspunkt für das innerkoreanische Wörterbuch liest sich wie eine Utopie. Wenig später droht sie an der Paranoia des Kalten Kriegs zu zerschellen: Zurück im Süden wird Moon Ik Hwan für seine illegale Einreise beim kommunistischen Nachbarn weggesperrt. Kurz nach seiner Freilassung nimmt der Pas-

tor seinen Traum mit ins Grab. Mehr als 20 Jahre später sitzt Kim Wan Seo im 12. Stock eines Seouler Büroturms, eingeengt zwischen grauen Trennwänden und mannshohen Bücher-schränken, und erzählt begeistert von den Vorbereitungen für seine nächste Arbeitsreise nach Nordkorea. Für den Linguisten ist es bereits die 25. „Vor der Teilung Koreas gab es im Grunde kein Problem zur Verständigung – trotz der regionalen Dialekte“, sagt Kim. Wenn man jedoch heutzutage die Wörterbücher der beiden Länder vergleiche, würden sich bis zu 50 Prozent der Einträge unterscheiden.

Vor rund sieben Jahren hat ein südkoreanisches Forscherteam rund um Kim Wan Seo grünes Licht bekommen, die sprachlichen Differenzen in einer gemeinsamen Enzyklopädie auszumerzen: das „vereinigte koreanische Wörterbuch“. 230.000 Wörter aus Nord- und Südkorea soll es beinhalten und noch mal 100.000 Wörter für die Exilkoreaner, die vor allem im Nordosten Chinas, Russland und Zentralasien leben. Bis 2019 müssen Kim und seine Mitstreiter fertig sein. Dann laufen die staatlichen Fördergelder aus. Das halbe Wörterbuch haben sie schon fertig. In beiden Koreas soll es erhältlich sein.

Lange Zeit war das undenkbar: Der Kalte Krieg der achtziger Jahre wich um die Jahrtausendwende einer Sonnenscheinpolitik der Annäherung, und die jetzige Präsidentin Park Geun Hye sucht in ihrer Ausrichtung gen Norden einen pragmatischen Mittelweg. In der Sprache muss die goldene Mitte zwischen den beiden Koreas jedoch erst noch gefunden werden.

Die fast 28.000 nordkoreanischen Flüchtlinge, die im Süden eine neue Heimat gefun-

den haben, kennen das aus eigener Erfahrung: Sie wollen in „Lebensmittelläden“ einkaufen, wo doch ihre südlichen Nachbarn nur mehr Supermärkte kennen. Sie telefonieren mit „Handtelefonen“ statt mit Smartphones. Und weil es im totalitären Regime Kim Jong Uns weder Schwule noch Lesben geben darf, haben einige von ihnen auch das Wort „Homosexualität“ erst südlich der Demarkationslinie aufgeschnappt. Dass sich die beiden Bevölkerungen

immer fremder werden, hat nicht zuletzt auch sprachliche Gründe.

Wir Deutschen kennen dieses Gefühl noch von der Wendezeit. Zumindest in Ansätzen: In Nordkorea wird natürlich kein „Südfernsehen“ übertragen, weder Briefkontakte noch Telefonate sind erlaubt, und die Demarkationslinie steht nun bereits mehr als doppelt so lange, wie die Berliner Mauer gestanden hat. Am deutlichsten erkennt man die linguistischen Unterschiede beim Umgang mit Fremdwörtern. „Während in Südkorea englische und chinesische Wörter oft einfach übernommen werden, will das nordkoreanische Regime alles koreanisieren“, sagt Forscher Kim. So wird etwa der südkoreanische „Donut“ nördlich der Demarkationslinie zum Ringbrot, der „penalty kick“ zum Strafstoß und die „handbag“ zur Handtasche.

„Es gibt zwar auch in Südkorea Bemühungen der Regierung, den Gebrauch von Anglizismen einzudämmen, doch oft vergeblich. Das nordkoreanische Regime kann viel mehr Kontrolle ausüben – auch auf den Wortschatz ihrer Bevölkerung“, ergänzt Kim Hak Mook, der das Forschungsteam leitet. Konservative Sprachhüter würden wohl sagen: Im Norden wird

ein reinerer Zustand der Sprache bewahrt. Für die Jugend im Süden klingt es schlicht altbacken – und so will im Land der modernsten Smartphones und schnellsten Internetverbindungen nun wirklich niemand bezeichnet werden. Deshalb ist das Erste, das die meisten nordkoreanischen Flüchtlinge in ihrer Wahlheimat übernehmen, der örtliche Dialekt.

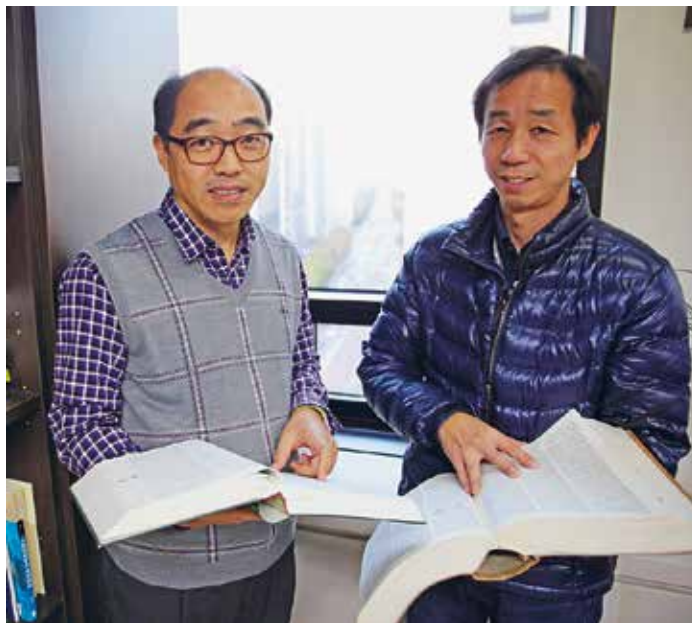
Und doch lässt sich in den letzten Jahren auch ein Gegen-trend beobachten: Seitdem man auf nordkoreanischen Schwarzmärkten ausländische Filme, Musikalben und Fernsehserien kaufen kann, ist es laut NGOs unter Nordkoreas neuer Mittelschicht „hip“ geworden, gar ein Zeichen von Status, mit einem leicht „südlichen“ Akzent zu sprechen. Die Sprache wird – möglicherweise unbewusst – zum subversiven Statement.

Sisyphus-Arbeit

„In Nordkorea ist die Sprache niemals nur auf Kommunikation ausgelegt, sondern hat vor allem eine ideologische Funktion. Ein Wörterbuch dient dort immer auch der politischen Bildung“, sagt Kim Hak Mook. Das Wort „Kamerad“ etwa bezeichnet in Südkorea lediglich einen engen Freund, in Nordkorea jedoch jemanden, „mit dem man gemeinsam für die Revolution kämpft“. Großgrundbesitzer werden nicht nur an ihrem Besitz definiert, sondern sind unweigerlich „reiche Leute, die das arme Volk ausbeuten“. Für die Forscher entladen sich die ideologischen Barrieren in aufreibenden Diskussionen. Bislang haben sie immer zu einem Minimalkonsens gefunden.

In langen Schichten gehen sie in Zweiertams täglich Hunderte Wörter durch. Eine Sisyphusarbeit, sagen die Linguisten, die jedoch nach all den Jahren auch zusammenschweiße. Das gemeinsame Abschiedessen vor fünf Jahren sei so ein Highlight gewesen, an das sich jeder wohl sein Leben lang erinnern werde. Zu vorgerückter Stunde habe jemand aus der Runde spontan ein koreanisches Volkslied angestimmt, eine Ballade voll Trauer und Hoffnung, und wenig später tanzten Dutzende Linguisten aus Süd- und Nordkorea gemeinsam eine Polonaise. „Bis zum nächsten Jahr“, wünschte man sich beim Abschied.

Niemand ahnte damals, dass das Wiedersehen erst fünf Jahre später erfolgen sollte – wegen politischer Spannungen. Wie auch in diesem Jahr. Wegen des Atomtests Anfang Januar hat Südkorea soeben alle innerkoreanischen Projekte auf Eis gelegt. Damit müssen die Forscher leben. Sie wissen nie, wann sie sich wiedersehen.



Die beiden Linguisten bei ihrem letzten Treffen Foto: Fabian Kretschmer

Hessische Fachhochschulen erhalten Promotionsrecht

PROMOTION Nur in Hessen können Fachhochschulen künftig eigene Dokortitel vergeben. Davon profitiert ein Fach, das es an Universitäten nicht gibt

Die Foren im Internet sind voll mit gleichlautenden Einträgen: „Hilfe – Promovieren mit Fachhochschulabschluss.“ Denn weil die FHs bislang keine eigenen Doktoranden ausbilden durften, mussten interessierte Absolventen sich einen Betreuer an einer Universität suchen. Und das ist oft gar nicht so einfach.

Es gibt strikte Zulassungskriterien, die von Uni zu Uni variieren. Manche Einrichtungen verlangen nur Eignungsprüfungen, vielfach fordern sie aber auch, dass erst einmal ein Semester Vorlesungen belegt werden muss, um auch wirklich auf dem Niveau eines Uni-Absolventen zu sein. Das ändert

sich nun – zumindest für hessische Studierende. Als erstes Bundesland erlaubt es Hessen, dank einer Novelle ihres Hochschulgesetzes, den auch begrifflich zu „Hochschulen für angewandte Wissenschaften“ aufgewerteten Fachhochschulen, eigene Promovierende auszubilden. Noch steht der letzte Feinschliff an, doch schon in diesem Jahr könnte es die ersten Doktorurkunden geben, auf denen dann der Name einer Fachhochschule steht, nicht mehr der einer Universität.

Jahrelang haben die FHs für dieses Recht gekämpft. In Hessen gab es zwar schon – wie in Baden-Württemberg, Bayern

und Schleswig-Holstein – gemeinsame Promotionskooperationen mit den Universitäten. Ohne diese erhielt aber kein FH-Promovend seinen Doktor.

FHs: „Längst überfällig“

Deshalb spricht die Frankfurt University of Applied Science von einem „historischen Meilenstein“. Auch Detlev Reymann, der Präsident der Hochschule Rheinmain, sagt: „Ein längst überfälliger Schritt.“ Die Vorstellung, dass nur Universitäten Forschung betreiben, gelte schon seit vielen Jahren nicht mehr. Das war ein Vorbehalt, warum FHs lange das Promotionsrecht vorenthalten wurde. Die

Hochschulen Rheinmain und Frankfurt werden wohl im Verbund mit der Hochschule Fulda die ersten sein, die eigene Doktoranden in einem Promotionszentrum ausbilden, und zwar im Fach Soziale Arbeit. In der Disziplin ist der Leidensdruck besonders groß. „Soziale Arbeit ist ein Fach, das nur an Fachhochschulen angeboten wird. An Universitäten gibt es das nicht“, erklärt Detlev Reymann. Um zu promovieren, müssen Studierende daher das Fach wechseln – meistens zu Erziehungswissenschaften. „Das führt zu dem Paradox, dass es keine Lehrenden gibt, die in Sozialer Arbeit promoviert haben.“

Den Weg der Kooperation gehen die Hochschulen, denn sie müssen eine gewisse Forschungsstärke nachweisen. Das geht im Verbund leichter. Die Forschungsstärke wird zurzeit noch vom Wissenschaftsministerium definiert, wird sich aber aus einer gewissen Anzahl an Publikationen, der Professorenzahl und erworbenen Drittmitteln zusammensetzen. Erst wenn das genau festgelegt ist, können die Hochschulen das Promotionsrecht beantragen. „Wir stehen in den Startlöchern“, sagt Reymann.

Aber nicht an allen Fachhochschulen in Hessen will man sich auf diesen Weg einlassen. An der

Technischen Hochschule Mittelhessen etwa möchte man bei kooperativen Promotionen mit der Uni bleiben. „Das hat sich in mehr als fünf Jahren Zusammenarbeit gut eingespielt und bewährt“, erklärt ein Sprecher. Allerdings, schiebt er gleich nach, begrüße man das neue Gesetz, denn es werte die Fachhochschulen und deren Forschungsleistungen auf.

In jedem Fach werden Absolventen aber auch in Hessen in Zukunft nicht promovieren können. Das Recht wird fachbereichsweise vergeben. Und die Hochschulen wollen sich auf einzelne forschungsstarke Zweige fokussieren.